

GRUNDWISSEN GESCHICHTE – Jahrgangsstufe 9

Die folgenden Begriffe gehören zum verpflichtenden Grundwissen im Fach Geschichte und können bei jedem kleinen oder großen Leistungsnachweis abgefragt werden.

Lernfeld 1: Weimarer Republik

Begriff/Zeit	Erklärung
Weltwirtschaftskrise 1929	Weltweite Wirtschaftskrise, ausgelöst am „Schwarzen Freitag“, dem Börsenkrach am 25. Oktober 1929 in New York, durch eine Art Spekulationsrausch. Die Folgen waren Konkurse und ein ungeahnter Anstieg der Arbeitslosigkeit, der viele Staaten in politische und soziale Krisen stürzte. In Deutschland führte es zu politischer Radikalisierung und bescherte der NSDAP wachsenden Zulauf.
Völkerbund	Zwischenstaatliche Organisation mit Sitz in Genf, die auf Betreiben der Pariser Friedensverhandlungen entstand. Ziele waren Sicherheit, Frieden und Abrüstung. Der Völkerbund gilt als Vorläufer der UNO. Er wurde 1946 aufgelöst.
Reparationen	Geldzahlungen und Warenlieferungen, die der Besiegte an die Siegermächte als Entschädigung für Kriegsaufwendungen und Kriegsschäden zahlen muss.
Präsidialkabinette	Autoritäre Regierungen in Deutschland, die seit 1930 aufgrund von Artikel 48 der Weimarer Verfassung die Macht innehatten. Die Kabinette regierten mittels Notverordnungen und waren nur vom Vertrauen des Reichspräsidenten abhängig. Kanzler waren Heinrich Brüning, Franz von Papen und Kurt von Schleicher.

Lernfeld 2: Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg

Begriff/Zeit	Erklärung
Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 30.1.1933	Übergabe der Regierungsleitung an Hitler als Führer der stärksten Partei durch den Reichspräsidenten Hindenburg. Während die Konservativen versuchen, ihn damit für ihre Zwecke einzuspannen, stilisieren die Nationalsozialisten die legale Regierungsübernahme als „Machtergreifung“.
Nationalsozialismus	Rechtsradikale politische Bewegung in Deutschland, gekennzeichnet durch einen übersteigerten Nationalismus, Expansionismus, Führerkults und Rassismus, vor allem in Form eines extremen Antisemitismus.
Antisemitismus	Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts allgemeine Bezeichnung für die Abneigung/Feindseligkeit gegenüber den Juden, die (im Unterschied zum religiös motivierten Antijudaismus) auf der Vorstellung ihrer „rassischen Minderwertigkeit“ beruht.
Drittes Reich	Bezeichnung für das nationalsozialistische Deutschland (1933-45) als „Nachfolger“ des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation (962-1806) und des Kaiserreichs (1871-1918).
„Ermächtigungsgesetz“ 1933	Aufhebung der Gewaltenteilung, indem der Reichstag der Regierung die unumschränkte Gesetzgebungsvollmacht überträgt.

„Gleichschaltung“	Nationalsozialistische Durchdringung und Erfassung aller Bereiche des öffentlichen und staatlichen Lebens, d.h. der Länderregierungen, Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Presse, Rundfunk etc.
„Nürnberger Gesetze“ 1935	Ausgrenzung und Entrechtung der jüdischen Bevölkerung durch eine diskriminierende Gesetzgebung.
Reichspogromnacht 9.11.1938	Auch als „Reichskristallnacht“ bezeichnete Anschläge auf jüdische Synagogen, Geschäfte, Wohnungen etc.
Systematische Vernichtung der Juden (Holocaust, Shoa)	Seit 1941 systematische Ermordung von ca. 6 Millionen europäischen Juden in Konzentrations- und Vernichtungslagern (s.u.).
Konzentrations- und Vernichtungslager	Massenlager unter der Leitung der SS, in denen Juden, aber auch Sinti und Roma, Homosexuelle, Regimegegner u.a. gefangen gehalten, misshandelt und ermordet werden.
Münchener Abkommen 1938	Zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland getroffene Vereinbarung zur Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland durch die Tschechoslowakei.
Beginn des Zweiten Weltkriegs 1.9.1939	Deutscher Überfall auf Polen, der dazu führt, dass England und Frankreich als polnische Garantemächte Deutschland den Krieg erklären.
Widerstand Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944	Im Besonderen Bezeichnung für die Opposition gegen Hitler und den Nationalsozialismus. Höhepunkt des Widerstands ist der fehlgeschlagene Versuch Stauffenbergs und seiner Mitverschwörer, Hitler durch ein Bombenattentat zu töten und die NS-Herrschaft zu beseitigen.
Bedingungslose Kapitulation Deutschlands 8./9.5.1945	Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa.

Lernfeld 3: Deutschland in der Nachkriegszeit: Blockbildung, deutsche Teilung und Ost-West-Konflikt bis in die 60er Jahre

Begriff/Zeit	Erklärung
Konferenz von Potsdam 1945	Treffen der alliierten Siegermächte Großbritannien, USA und UdSSR. Im Potsdamer Abkommen beschließen sie u.a. die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen, die Einsetzung eines Alliierten Kontrollrats, die Übertragung der Verwaltung der deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie an Polen und die UdSSR (nördliches Ostpreußen), die Ausweisung der Deutschen aus den Ostgebieten und die sogenannten fünf „Ds“ (Denazifizierung, Demokratisierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung, Demontage).
Flucht und Vertreibung	Flucht großer Teile der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten vor der Roten Armee und systematische Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten, die an Polen fallen, und den deutschen Siedlungsräumen in Osteuropa (Tschechoslowakei, Ungarn etc.).
Besatzungszonen	Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen unter der Kontrolle der Siegermächte (USA, Großbritannien, Frankreich, UdSSR).
Entnazifizierung	Programm der Alliierten, das die Auflösung aller NS-Organisationen, die Entlassung von Nationalsozialisten in leitenden Funktionen, die Bestrafung von NS-Verbrechern und die Umerziehung der deutschen Bevölkerung

	umfasst.
Währungsreform 1948	Ersetzung der nach dem Krieg durch Inflation wertlos gewordenen Reichsmark durch die Deutsche Mark in den Westzonen bzw. die DM-Ost in der Sowjetischen Besatzungszone.
Gründung der beiden deutschen Staaten 1949	Aus dem Ost-West-Gegensatz resultierende Entstehung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.
Grundgesetz 23.5.1949	Verfassung der Bundesrepublik Deutschland; der Begriff „Grundgesetz“ sollte ursprünglich ihren provisorischen Charakter betonen.
Deutsche Frage	Bezeichnung für die besondere Situation Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere die Teilung, deren Überwindung bis 1990 ständiges Ziel der westdeutschen Politik ist.
Blockbildung	Herausbildung der nach 1945 einander feindlich gegenüber stehenden Machtblöcke unter der Führung der USA und der UdSSR, die sich in den militärischen Bündnissen der NATO und des Warschauer Paktes formieren.
Kalter Krieg	Machtpolitische und ideologische Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR und ihren Verbündeten 1947-1990.
Westintegration	Die v.a. von Konrad Adenauer vorangetriebene politische, militärische, wirtschaftliche und kulturelle Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, die 1955 zur weitgehenden Wiederherstellung ihrer Souveränität führt.
NATO (North Atlantic Treaty Organization)	1949 Zusammenschluss von 10 westeuropäischen Staaten und Kanada unter der Führungsmacht USA zu einem gegen die UdSSR gerichteten Verteidigungsbündnis, dem die Bundesrepublik Deutschland 1955 beitrifft.
Warschauer Pakt	Als Reaktion auf den NATO-Beitritt der Bundesrepublik 1955 gegründetes Militärbündnis der Ostblockstaaten unter der Führung der UdSSR, das sich nach dem Ende des Kalten Krieges 1991 auflöst.
Aufstand gegen das DDR-Regime 17.6.1953	Ausgehend von Arbeiterprotesten gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen in Berlin entwickelt sich in vielen Orten der DDR ein Aufstand gegen die SED-Führung, der mit Hilfe sowjetischer Truppen niedergeschlagen wird.
Mauerbau 1961	Zur Unterbindung der Massenflucht von DDR-Bürgern nach Westberlin errichtete Mauer, die die inneren Verhältnisse in der DDR stabilisiert und zum Symbol der deutschen Teilung wird.

Lernfeld 4: Weltpolitische Veränderungen im Schatten des Kalten Krieges

Begriff/Zeit	Erklärung
Europäische Einigung	Stufenweiser Einigungsprozess zunächst der westeuropäischen, nach 1990 auch der osteuropäischen Staaten in Bezug auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit dem ursprünglichen Ziel, den Nationalismus zu überwinden und Kriege zu verhindern. Wichtige Zusammenschlüsse sind u.a. der Europarat und die EU.
Deutsch-französischer Freundschaftsvertrag 1963	Zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossener Vertrag mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern und die frühere „Erbfeindschaft“ zu beseitigen.

Nahostkonflikt	Politische und militärische Auseinandersetzungen zwischen Israel, seinen arabischen Nachbarn und den Palästinensern um die Organisation eines eigenen palästinensischen Staates und das Existenzrecht Israels.
Entkolonialisierung	Ende der Herrschaft der europäischen Kolonialmächte in ihren Kolonien nach dem Zweiten Weltkrieg durch freiwilligen Rückzug oder infolge militärischer Auseinandersetzungen.
Nord-Süd-Konflikt	Interessenkonflikt zwischen den hoch entwickelten Industriestaaten auf der nördlichen und den „Entwicklungsländern“ auf der südlichen Erdhalbkugel, deren wirtschaftliche und soziale Probleme vielfach noch ungelöst sind.
UNO (United Nations Organization)	1945 gegründete Nachfolgeorganisation des Völkerbundes mit Sitz in New York, die auf der Idee der Gleichberechtigung der Staaten und der Selbstbestimmung der Völker basiert. Die wichtigsten Ziele sind die Sicherung des Friedens, die Verständigung der Völker untereinander, der Schutz der Menschenrechte und die internationale Zusammenarbeit.